

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schick, Postfach 17,
Gr. Verberstr. u. Breitenstr. Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen

R. Mosse,
Hanssen & Vogler A.-G.,
G. F. Danne & Co.,
Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Nr. 712

Freitag, 11. Oktober.

1895

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen (auch an zwei Mal
an Sonn- und Festtagen ein Mal). Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 Mk. für die Stadt Posen, für ganz
Preußen 5,45 Mk. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reichs an.

Inserate, die sechsgezeigte Bettstelle über deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., in der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

Deutschland.

□ Berlin, 10. Oktober. [Die zweijährige Dienstzeit.] Die Berichte über die Erfahrungen mit der zweijährigen Dienstzeit sind in Gestalt von „Berichten über die Erfahrungen mit der Ausbildung des zweiten Jahrgangs“ seitens der Truppenteile bei einigen Generalkommandos bereits vorgelegt worden. Nach den hiesigen „Neuesten Nachrichten“ werden die Berichte über die vierten Bataillone Anfangs November nachfolgen. Das Blatt will wissen, daß, während die ersten sich im Allgemeinen günstig über die erzielten formellen Resultate aussprechen, die Berichte über die vierten Bataillone voraussichtlich durchgängig sehr abfällig lauten werden. Woher stammt diese Kenntnis? Es erinnert an Gedankenleserei, wenn von Altentücken, die erst in der Ausarbeitung begriffen sind, schon lange vorher eine so bestimmte Charakteristik gegeben wird, und zwar gleich „durchgängig“. Die vielen Hunderte von Einzelberichten, die zu erwarten sind, können doch unmöglich in dieser Weise über einen Kamm geschoren werden, bevor sie da sind. Es ist überhaupt auffällig, wie schwer es manchen Beurteilern fällt, sich in die Thatsache der Herabsetzung der Dienstzeit zu finden. Jedemal, wenn auf günstige Ergebnisse der Reform hingewiesen wird, kommen die Schwarzseher und schildern die Resultate anders, ohne freilich auch nur den geringsten positiven Anhalt für ihre düsteren Darstellungen zu haben. Es muß demgegenüber konstatiert werden, daß bisher von militärischer Seite zwar noch kein abschließend günstiges, aber auch noch kein ungünstiges Urtheil über die zweijährige Dienstzeit abgegeben worden ist. Werden sich jetzt die Berichte der Regimentskommandeure „im Allgemeinen günstig über die erzielten formellen Resultate aussprechen“, so wird das ebenso schwer wie erfreulich in die Waagschale fallen. Aber was die angeblich sehr abfälligen Urtheile über die vierten Bataillone betrifft, so wird man sie, wie gesagt, erst abzuwarten haben. Sollte es sich mit diesen Urtheilen wirklich so, wie vorher gesagt wird, verhalten, so müßte auf die inneren Gründe der wegwerfenden Charakteristik ein scharfes Augenmerk gerichtet werden. Eines der Bedenken während der Reichstagsberatungen über die Caprivische Militärreformvorlage war, daß diese vierten Bataillone als Halbbataillone wie von selber nach ihrer Ergänzung schreien und den Reim zu weiteren hohen Militärforderungen in sich tragen werden. Graf Caprivi hat damals diese Besorgnisse vorübergehend zu beschwichtigen gewußt, aber sie beruhen in der Sache selber und nicht im Mißtrauen gegen die jeweiligen Personen.

Bei den geplanten Änderungen der Ausnahmestimmungen betreffs der Sonntagsruhe für den Gewerbebetrieb soll es sich zunächst um die für die Bismarck- und Thomastahlwerke, Martin- und Tegelgussstahlwerke, Buddel- und zugehörigen Walz- und Hammerwerke, sowie Hochofengießereien erlassenen Ausnahmevorschriften handeln. Diesen Vorschriften ist die Bedingung zugesetzt, daß die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe für jeden Sonntag abwechselnd mindestens 24 und 48 Stunden zu dauern hat. Diese Bedingung, die eine Benachteiligung der in Frage kommenden Betriebe in solchem Maße zur Folge gehabt hat, daß dadurch die Mangelhaftigkeit, von der Ausnahme Gebrauch zu machen, in Frage gestellt wird und zwar deswegen, weil Betriebe, die von der Ausnahme Gebrauch machen, die mit den Schäden der Betriebsvorrichtungen genau verträumten Arbeiter zur Ausbesserung derselben nicht verwenden können, soll, wie die „B. P. N.“ erfahren, gestrichen werden.

L. C. Fürst Hohenlohe, so behauptet die „Nat.-Ztg.“, habe sich nur gegen die Zinsherabsetzung der vierprozentigen Staatsanleihen auf drei Prozent, aber nicht gegen eine Herabsetzung auf 3½ Proz. ausgesprochen. Das stimmt nicht mit der Mittheilung der „Köln. Ztg.“ Die Frage, welche der Freund des Blattes an den Fürsten richtete, lautete dahin, „ob es wahr sei, daß regierungsförmig eine Ermäßigung des Zinsfußes der vierprozentigen oder gar dreieinhalbprozentigen Reichs- und Staatskonjols geplant sei. Fürst Hohenlohe verhehlte seine Bedenken gegen die Umwandlung (also auch gegen die der 4prozentigen in 3½prozentige) nicht.“

Am Freitag, den 11. d. Mts., bezieht das Ober-Landes-kulturgericht, der oberste Gerichtshof in Agrarfragen (Ausnahmestimmungen, Abösungen von Rentenausstellungen), die Feier seines 50jährigen Bestehens durch eine Festigung im Dienstgebäude, Unterwasserstraße 5, Berlin, sowie durch ein Festessen im Englischen Hause.

Die „Berl. Corr.“ schreibt: Unter dem 7. Oktober hat der Minister für Landwirtschaft die ihm durch das Gesetz über die Landwirtschaftskammern überlassene Wahlordnung für die Wahlen zur Landwirtschaftskammer erlassen. Danach ist das Wahlverfahren in der Hauptsache nach Analogie des Reglements für die in den Kreisstädten vorzunehmenden Wahlen geregelt. Der Vornahme der Wahlen in den nächsten Monaten statt-

findenden Kreistagen steht nunmehr nichts mehr im Wege, und die Konstituierung der Landwirtschaftskammern darf gegen Ende des Jahres für die sämtlichen Provinzen mit Ausnahme von Hannover, Westfalen und der Rheinprovinz, sowie Sigmaringen entgegengesetzt werden.

Die Vorbereitung zum höheren preussischen Verwaltungsdienst soll nach dem „Hamb. Corr.“ wiederum Abänderungen unterworfen werden. Man habe die Wahrnehmung gemacht, daß bei der seit 1879 geltenden Ordnung der Vorbereitung und Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst für den Referendar die Versuchung nahe liegt, den Schwerpunkt seiner Thätigkeit nicht auf eine gründliche theoretische Durchbildung in den Staats- und Sozialwissenschaften, sondern auf die mehr äußerliche Aneignung der Kenntnisse der positiven Gesetzesvorschriften und der bestehenden Verwaltungseinrichtungen zu legen, zumal, wenn in der Prüfung selbst auf die durch Gedächtnisarbeit zu erwerbende Detailkenntnis der bestehenden Gesetzgebung besonderer Werth gelegt wird.

Die „Berl. Corr.“ schreibt: „Wir sind zu der Mittheilung ermächtigt, daß sich der Kriegsminister über die mit der zweijährigen Dienstzeit gemachten Erfahrungen weber des Abgeordneten Freie-Bremen noch anderen Personen gegenüber günstig geäußert hat.“ Eine dahingehende Behauptung war von der „Post. Ztg.“ aufgestellt worden.

Zum Fall Stöcker macht heute die „Volksztg.“ einige interessante Bemerkungen. Das Stöckerische „Volk“ hatte dieser Tage in Sperrdruck die Besorgnis geäußert, daß die „Anstifter“ der Stöckerhege vielleicht hoffen könnten, an zuständiger Stelle die „praktischen Konsequenzen“ gezogen zu sehen. Hierzu meint nun die „Volksztg.“: Das „Volk“ scheint die Glocken läuten zu hören, ohne zu wissen, woher der Schall kommt und wohin er geht. Demgegenüber können wir dem „Volk“ verrathen, daß die Möglichkeit der von dem Stöckerblatt befürchteten Konsequenzen außerordentlich nahe liegt. Sichere Informationen belehren uns darüber, daß unmittelbar nach der Veröffentlichung der ersten Hammerstein-Stöckerbriefe, insonderheit des berühmten „Schlechterhausen“-Briefes des Herrn Stöcker, vom Kaiser ein hoher Hofbeamter beauftragt worden ist, fortlaufend die Angelegenheit Stöcker im Auge zu behalten und ihm, dem Kaiser, einen zusammenfassenden Bericht über die Angelegenheit zu erstatten. Se nach dem Ausfall des befohlenen Memorandums wird über Herrn Stöcker entschieden werden. In eingeweihten Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß ihm, falls befunden würde, daß sein Verhalten zu schwerwiegender Veranlassung Anlaß gegeben habe, das Prädikat eines „Hofpredigers“ entzogen werden könnte. Aber welches immer die Form einer eventuellen Mißbilligung sein würde, so hätte eine solche die unvermeidliche politische Folge, daß die konservative Partei einen gerichteten Stöcker fallen lassen müßte; es müßte denn sein, daß die konservative Partei entschlossen wäre, um des Herrn Stöcker willen gegen den Hof zu frontieren. Die „Kreuzzeitung“ „drohte“ dieser Tage: die Konservativen werden Stöcker nicht fallen lassen. Insofern glaubt man in eingeweihten Kreisen nicht, daß diese „Drohung“ aufrecht erhalten bleiben würde, wenn Herr Stöcker zu einem früheren Hofprediger a. D. gemacht werden sollte.

Die „Post“ verwirft heute nochmals alle Meldungen über die Absichten der Regierung betr. das Vorgehen gegen die Sozialdemokratie in das Gebiet der Fabel. Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage, namentlich zwischen dem Reichsminister und dem Minister v. Köller haben nie bestanden; weder sei die Vorlage eines neuen Umsturz- oder Sozialistengesetzes an den Reichstag, noch die einer Novelle zum Vereinsgesetz an den Landtag beabsichtigt. Es dürften sogar für die nächste Zeit schwerlich irgend welche hindernis Entschlüsse zu erwarten sein. Dagegen schreibt die „Post. Ztg.“ am Schluß ihres heutigen Artikels, sie hoffe noch immer, daß Fürst Hohenlohe die Einbringung eines neuen Vereinsgesetzes zu verhindern wissen werde, wenngleich sie keinen Zweifel hege, daß die Mehrheit des Reichstagsministeriums geneigt sei, einer solchen Vorlage zuzustimmen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fügt zu der gestrigen Meldung der „Völkzeitung“, daß auch gestern Nachmittag eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden habe, ergänzend hinzu, daß dies nicht sowohl eine formelle Sitzung, vielmehr eine vertrauliche Besprechung der Minister gewesen sei.

Der „Sächs. Arbeiterzeitung“ zufolge wurde vom Landgericht in Dresden der „Genosse“ Hermann Fleißner aus Pirna wegen Verleumdung der Amtshauptmannschaft und des Amtsgerichts zu Pirna zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt und wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Es handelt sich um Äußerungen, die Fleißner gelegentlich eines Vortrages in Goeß gethan haben soll und wodurch sich die genannten Behörden beleidigt fühlten. Die Verurtheilung erfolgte auf Grund der Zeugenaussagen zweier Gen-

darmen und des Gemeindevorstandes von Goeß; trotz dem vier Versammlungstheilnehmer als Zeugen das Gegentheil von dem, was die Anklage annahm, aussagten. Der Prozeß dürfte insofern ein Aufsehen erregendes Nachspiel haben, als ein Entlastungszeuge, der Vagerhalter Genosse Arno Dörr wegen Meineidsverdachts verhaftet wurde. Die Verhaftung geschah nachträglich. Dörr wurde, nachdem er bereits als Zeuge entlassen, aus dem Zuhörerraum gerufen, um dann abgeführt zu werden.

Hier scheint also ein zweiter Essener Prozeß in Aussicht. Aus Arnstadt (Thüringen) meldet außerdem die sozialistische „Thür. Tribüne“, daß am Montag 7. „Genossen“, welche sich an der am 29. September stattgefundenen Flugblatt-Vertheilung betheiligt haben sollen, bei ihrer Vorvernehmung wegen angeblichen Fluchtverdachts verhaftet wurden. Dem Vernehmen nach sei gegen die Verhafteten eine Klage wegen Vergehens gegen § 131 (Verächtlichmachung von Staats-Einrichtungen) eingeleitet.

Am 1. Oktober ist, wie schon erwähnt, unter dem Namen Verein inaktiver Offiziere der deutschen Armee und Marine ein Verein ins Leben getreten, welcher ein Sammelpunkt aller ehemaligen Offiziere der aktiven Armee und des Beurlaubtenstandes sein soll. Die Aufgaben, welche sich der Verein stellt, sind folgende: a) Einrichtung einer Witwen-Pensionskasse. b) Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder, Fürsorge für die Hinterbliebenen, Errichtung von Heimstätten für alleinlebende Mitglieder, sowie für Hinterbliebene von Mitgliedern. c) Vermittelung und Vorbereitung zur Anstellung im Civildienst. d) Einrichtung einer Vorkurskassa. e) Pflege kameradschaftlichen Verkehrs unter den Mitgliedern durch Haltung von Klubräumen. — Die Begründung der Witwen-Pensionskasse ist bereits in Angriff genommen; dieselbe wird noch in diesem Quartal ins Leben treten. Die Kasse ermöglicht jedem Vereinsmitglied, gegen einen sehr mäßigen Beitrag seiner Witwe eine Pension zu sichern. Der Vorsitzende des Vereins ist Generalmajor z. D. v. Heydebrand, 1. stellvertretender Vorsitzender: Generalleutnant z. D. v. Gerhardt, 2. stellvertretender Vorsitzender: Oberstleutnant z. D. v. Maslow. Das Sekretariat des Vereins befindet sich Berlin W., Wilhelmstr. 44.

Am 25. d. M. feiert der Reichsbankpräsident Dr. Koch das fünfundsingzigjährige Jubiläum seiner Beamtenthätigkeit. In der Wohnung des Jubilars wird ein Festakt veranstaltet werden.

Ein Expatriierungsgesetz gegen sozialdemokratische Juden wird in der „Staatsbürgerztg.“ befürwortet. Die Herren Singer, Schönbach, Goldstein, Gradnauer, Wurm, Stadthagen, Ahrons, Jakob, Wamberger u. J. w. müßten über die Grenze gebracht werden. — Die „Frei. Ztg.“ macht den Vorschlag, einem solchen Gesetz einen § 2 anzufügen, wonach auch eine entsprechende Anzahl antisemitischer Agitatoren expatriert werden könnte. Wenn schon, denn schon!

Als eine sensationelle Beschlagenehung bezeichnet die „Staats-Ztg.“ die Beschlagenehung der Nr. 29 des antisemitischen Wählblatts „Der deutsche Michel“ und zwar eines darin enthaltenen Aufzuges: „Ein Monarchendiner bei Cohn und Rosenbergs.“

Ein Redakteur des „Vorwärts“ ist heute nach verbüßter sechsmonatlicher Haft aus dem Gefängnis entlassen worden.

Wie aus Münster i. W. gemeldet wird, beschloß die dortigen Stadtverordneten, beim Magistrat darüber Aufklärung zu fordern, weshalb die Verordnung wegen der Volkzeitung, die bekanntlich zu den Ausschreitungen geführt hat, erlassen worden ist. Ergeben keine befriedigende Antwort, so soll Abg. v. Heereman eine Interpellation im preussischen Landtage einbringen.

Wie dem „Berl. Tagbl.“ aus Aschersleben gemeldet wird, ereignet es Aufsehen, daß es dem Premierleutnant von Frangols vom auswärtigen Amte untersagt worden ist, im Kolonialverein zu Halle einen Vortrag über die wirtschaftlichen Aussichten in Deutsch-Südwestafrika zu halten.

Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie.

H. Breslau, 10. Oktober.

4. Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die heutige Sitzung mit der Verlesung von Begrüßungsschreiben, eines davon ist unterzeichnet „von einigen Mitgliedern der Fernkolonien.“ Die Diskussion über den Entwurf der Agrarkommission wird fortgesetzt. Dr. David-Gleichen wendet sich gegen Schippel und weist den der Kommission gemachten Vorschlag des Diebstahls an dem Falkenhaynschen Entwurf zurück. Nur ein Bassus in der Forderung nach Vergrößerung des Gemeindeguthums sei ähnlich gefaßt wie im Entwurf. Aber warum sollte man nicht auch etwas von einem Gegner übernehmen. Sei das allgemeine Wahlrecht deshalb weniger werthvoll, weil es vom Blut- und Eisenmanne stamme? Es tlinge ja sehr schön, zu sagen, seht, Ihr befindet Euch in Uebereinstimmung mit Falkenhayn, an dessen Fingern das Blut der österrösischen Bergarbeiter fließt. Wenn er in gleichem Tone erwidern wollte, könnte er sagen, Schippel berufe sich auf Leute, an deren Fingern das Blut der Fuchsmühler Bauern fließe. Schippel habe in seinen Ausführungen über die Waldkultur nur die Interessen des Fiskus vertreten, die noch lange nicht identisch mit den Interessen der Gesamtheit seien. Schippel sagte, die Almenden beförderten die Schönlustbetriebe, er möge mir als Charlatan einige Bemerkungen gestatten. Genosse Schippel wisse vielleicht, daß im Programm der französischen Sozialisten das Verbot von Veräußerung des Gemeindeguthums und die Forderung nach Vermehrung des Gemeindeguthums stehe, daß auch der Genosse Vanderbeke in Belgien für diese Forderungen eingetreten sei. Das sei auch nur natürlich, denn die Vermehrung des Gemeindeguthums bewege sich ganz

in der Richtung unserer Ziele, wie sich die Sozialdemokratie die Entwicklung in der Zukunft denke. Es sei merkwürdig, daß man aus diesen Forderungen herausgelesen habe, man wolle das Eigentum der Bauern konfiszieren, während sie im Gegenteil nur der Übergang vom Privatkapitalismus in den sozialistischen Betrieb erleichtern. Man habe uns den Dienstboten belästigenden Bauern entgegengesetzt, der nicht für uns zu haben sei. Die Kommission habe mit dem Worte Bauer den arbeitenden Bauern nicht gemeint, die Kommissionsmitglieder wüßten auch, daß der Bauer als Unternehmer kein Sozialdemokrat werden würde. Kautsky habe dem Genossen Quard vorgeworfen, er habe Selbstzersetzung mit dem Artikel von Engels getrieben. Er fasse den letzten Artikel von Engels auch im Sinne des Agrarprogramms ebenso wie Quard auf, mache sich also auch der Selbstzersetzung schuldig. Die Konsequenz des Antrages Kautsky sei, daß unsere Vertreter in den Parlamenten überhaupt nichts mehr für Landeskultur bewilligen dürfen, auch nicht mehr für Ausstellungen und ähnliche Unternehmungen. Diese Konsequenz werde man wohl nicht ziehen wollen. Man würde es nur den Großlandwirten erleichtern, sich als die wahren Vertreter der Interessen der kleinen aufzustellen zu können. Kautsky wolle die Reformfähigkeit der Partei auf dem Lande betonen, er sage, der Frankfurter Parteitag sei kein Konzil mit unsehlbaren Beschlüssen, die Beschlüsse könnten jeden Augenblick umgeworfen werden. Es frage sich aber doch, ob das gut sei. Wir sprachen über den Bildungsplan der Regierung und wissen selbst nicht, was wir in einer so bedeutenden Frage zu thun haben. Kautsky meinte, weil wir die Köpfe revolutionär haben, stehen die Massen hinter uns. Er irrte. Nicht die Köpfe haben wir in den Massen revolutionär, sondern den Massen, die wirtschaftlichen Fragen stehen im Vordergrund. Weil die Massen sehen, daß wir praktisch für sie thätig sind, nicht wegen des Zukunftsstaates, stehen sie heute zu uns. Wer auf dem Standpunkte steht, den Bauern müsse gesagt werden, ihr müßt erst vom Erdboden verschwinden, ehe wir den sozialistischen Staat errichten können, der kann kein Agrarprogramm gebrauchen, er wird aber auch noch recht lange auf die Diktatur des Proletariats warten müssen. Ich meine aber, neben der Revolution ist die Reform notwendig, die Menschen in der Gegenwart müssen uns ebenso lieb sein, wie die in der Zukunft lebenden. Eine ablehnende Stellung unsererseits wird aufgesetzt werden als eine feindselige Stellung der Sozialdemokratie den landwirtschaftlichen Proletariats gegenüber. Erwägen Sie das, trotzdem Sie heute nicht das um, was Sie im vergangenen Jahre beschlossen haben. Wir sind in die Bauern nicht verflochten, aber wir sind aus politischen, wirtschaftlichen und humanen Gründen verpflichtet, die Agrarfrage zu lösen. (Beifall.)

Singer theilt mit, daß Genosse Redakteur Rauch-Hansen über abtreten müsse, weil sein Kollege wegen einer angeblichen Majestätsbeleidigung verhaftet worden ist. Für Rauch, der Mitglied der Reinerntkommission ist, wird Jülle-Würzburg gewählt.

In der Diskussion erhält das Wort Frau Zetkin-Stuttgart: Sie nimmt zunächst die sozialdemokratischen Theoretiker gegen die Beileidigung in Schutz, die darin liegt, wenn man sie Stubegelehrte nenne. Was nun die materielle Seite der Frage anlangt, so habe die Sozialdemokratie wohl für Reformen einzutreten, aber nicht für Reformen in einzelnen Zweigen, sondern nur für Reformen, die der Gesamtheit der Arbeiterklasse zu Gute kommen, die sie fittlicher und tüchtiger macht für den Klassenkampf. (Beifall.) Alles, was wir unternehmen, muß einen Teil der heutigen Staatsordnung zerstören, wollen wir aber einen Teil der heutigen Staatsordnung stützen, so gleichen wir den guten Demokraten von 1848, die eine Republik wollten, mit dem Großherzog an der Spitze. Wir sind eine Partei des Klassenkampfes, die für die Abschaffung des Privateigentums eintritt. Der Programm-Entwurf involviert aber eine Stärkung des Privateigentums der Bauern. Wir

würden unsere Aufgabe schlecht verstehen, wollten wir die Machtmittel unseres heutigen Staates, der noch durch Bureaukratismus und Militarismus verfeuert ist, durch Verstaatlichung des Hypothekenwesens noch stärken. Die Rednerin polemisiert gegen die einzelnen Forderungen des Agrarprogramms und schließt: Unter den Mitgliedern der Kommission finden sich nur Leute, die als Genossen meine vollste Achtung haben, sondern auch solche, die mir feindschaftlich sehr nahe stehen. Aber die Richtung, die sie in der Kommission vertreten, ist mir grollig, und wenn ich unseren Genossen Bebel dabei sehe, so denke ich an Goethes Wort: „Es thut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft sehe“. Er, der noch in Frankfurt als schwankender Saulus auftrat, hat in der Agrarkommission sein Damaskus gefunden. Die Sozialdemokratie geht nicht nach Solenias. Ich rufe Ihnen zu: Schreiben wir zum ersten Male revolutionär, zum zweiten Male revolutionär und zum dritten Male revolutionär. (Beifälliger Beifall.)

Lieblich: Selbst in gegnerischen Blättern ist anerkannt worden, daß die Diskussion über das Agrarprogramm in keiner Partei so sachlich geführt werden könnte, wie bei uns. Und in der That, die Sachlichkeit hat nur ein einziger Redner, der Genosse Schöppel, außer Acht gelassen. Mit den theoretischen Ausführungen Kautsky und der Genossin Zetkin bin ich ganz einverstanden; wer diese Ausführungen nicht unterschreibt, das ist kein Sozialdemokrat. Darum handelt es sich aber gar nicht. Die ganze Frage hier ist eine Frage der Praxis und der Taktik, über die im Gegensatz zur Theorie stets bei uns Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren. Es ist selbstverständlich, daß wir nur ein Programm haben dürfen. Aber wollten wir auf jede Reform innerhalb der heutigen Staatsordnung verzichten, dann weg mit dem ganzen zweiten Teil unseres jetzigen Programms. Wir haben für den Norddeutschen, für die Verstaatlichung und den Ausbau der Eisenbahnen gestimmt, obwohl wir wußten, daß wir die Machtmittel des Staates stärken. Auch der ganz Arbeiterische Kampf läuft auf eine gewisse Stärkung der Machtmittel des Staates hinaus. Es heißt aber nicht, das Programm verwässern, wenn wir Verbesserungen schon für die heut lebenden Arbeiter antreiben. Die schließliche Katastrophe läßt sich schließlich nicht aufhalten dafür, schon das Wesen des Kapitalismus. Die Agrarfrage steht heute im Vordergrund aller Politik, die Sozialdemokratie kann sich ihr nicht entziehen, in allen Volksversammlungen, im Reichstag und den Landtagen muß man mit ihr rechnen. Wir können uns nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen. Wir brauchen aber auch eine Richtschnur für die Partei in der Agrarfrage und können nicht eine Anarchie Platz greifen lassen. Der Entwurf trifft meiner Ansicht nach das Richtige, nehmen Sie ihn an. Wie die Entscheidung aber auch ausfallen möge, sie wird in jedem Falle zur Stütze der Partei sein. (Beifall.)

Singer verliest, ehe er die Sitzung vertagt, noch einen Artikel aus der „Braunschweiger Landeszeitung“. Es wird darin behauptet, die Reichsregierung habe seinem Redakteur-Gebalt von 7200 Mark noch mehrere tausend Mark Diäten. Abgeordneter Fischer habe ein Gehalt von 5000 Mark, das sei ein großer Fortschritt, denn 1880 habe er sich noch in so beängstigender Lage befunden, daß er Wein und Wein nicht gehörig unterhalten habe und wegen Verfalls zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden sei. Fischer habe auch wegen Arbeitslosigkeit und Landstreicherei drei Monate im Hamburger Arbeitshaus gesessen. — Singer fügte hinzu: Da es sich um ein Mitglied der Partei handelt und der Parteifraktion handelt, hatte ich das Recht, die Sache hier zu berühren. Ich konstatire, daß, was in dieser Notiz über unsern Genossen Fischer steht, ich Wort für Wort gemein infame Lüge. Dieser Grabschneider muß ein Ende gemacht werden, und so sehr wir das Gefindel, das solcher Schreiberlei fähig ist, verachten, wird Gen. Fischer doch in Rücksicht auf die Partei den für den Artikel verantwortlichen Redakteur verjagen. (Beifälliges Bravo.) Für die Parteigenossen ergibt sich aber aus

diesem Fall eine Mahnung. Sie sehen, welche Früchte die Gefaltsanträge tragen und es wäre zu wünschen, daß diese Dinge von einzelnen Genossen in Zukunft mit größerer Diskretion als bisher behandelt werden würden. (Beifälliger Beifall.)

Die Genossen A. v. Elm, Baudert-Apolda, Theodor Schwarz-Lübeck, Bruno Schumann, Otto Stollen-Hamburg, Julius Bruns, Frohne, A. Walter-Stützenbach, L. Emmel, M. Heinrich, A. Gabel-Main, Reichert, Joh. Heine-Ditten, S. Deppe-Vangenfelde, Schall-Solingen, W. H. Hefelbauer, S. Steinbach, R. Gerard, H. Förster, Moritz, G. Garbe beantragen: „In Anbetracht des Umstandes, daß die erst in letzter Stunde vor Zusammentritt des Parteitages von der Agrarkommission in mehreren Punkten umgeändert. Vorlage einer absolut notwendigen öffentl. Debatte in der gesamten Partei nicht unterstellt werden konnte und der Vorschlag der Kommission, die Agrarforderungen nicht dem Parteiprogramm direkt einzuverleiben, denselben einen völlig veränderten Charakter verleiht, den unter anderen Voraussetzungen zum Parteitag gekommenen Delegierten jedoch unbedingt die Möglichkeit gelassen werden muß, mit ihren Mandatgebern eine Verständigung darüber zu suchen; — in weiterer Erwägung, daß die Agrarfrage von so eminenter, von keiner Seite bestrittenen Bedeutung für die Entwicklung der Partei ist, daß in dieser Sache die größte Vorsicht geboten erscheint, sei für die Gesamtpartei maßgebend sein sollenden Beschlüssen, vertagt der Parteitag die heute als noch nicht spruchreif erkannte Frage und beschließt: Den Parteivorstand zu beauftragen, den abgeänderten Entwurf mit ausreichender Begründung seitens der Agrarkommission vorlegen und unter Befugung des dafür hauptsächlich maßgebend gewesenen Materials der Parteipresse und den Vertrauenspersonen gedruckt zuzustellen und letztere zu beauftragen, denselben in allerorts einzuberufenden Versammlungen zur öffentlichen Debatte zu stellen.“

Militärisches.

— Eine besondere Uniform erhalten die Melbereiter des 15. Armee-Korps; die „Straßb. Post“ schreibt darüber: „Heute Morgen wurden dem kommandierenden General des XV. Armee-Korps General v. Blume drei Melbereiter in der Paradeuniform vorgestellt. Die Leute sahen stattlich aus. Die weiße Uniform mit rother Verschönerung, dazu die hellgrauen Hosen mit dunkelrothen Streifen, die hohen Stiefeln und der Kavalier mit rother Flügelklappe und stehendem weißen Knochenschweif, das alles läßt sich gefällig an.“

— Auf dem Schießplatz bei Jüterbog hat die Artillerie in diesem Jahre unter anderem auch bei völliger Dunkelheit Schießübungen veranstaltet. Es handelte sich hierbei um die Beschützung von Bivouaks, die durch Feuer dargestellt wurden. Geschossen wurde, wie nach der „Volkszeit“, mit vorzüglichem Ergebnis auf Entfernungen bis zu 3000 Metern.

Aus dem Gerichtssaal.

* Graudenz, 9. Okt. Wegen Vergehens im Amte bestrafte der Domänenpächter und Amtsvorsteher Wilhelm Krenz aus Brodden, Kreis Marienwerder, die Anklagebank der hiesigen Strafkammer. An ihn als Amtsvorsteher wandte sich das Dienstmädchen Franziska B. aus Abl. Liebenau mit der Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß ihr Dienstherr ihr den ihr zustehenden Lohn ausbezahle, da sie den Dienst verlassen wolle. Der Angeklagte vernahm die B. und dieser schickte das Protokoll zur Gegenüberstellung an den Dienstherrn, und dieser ließ es mit einer Gegenklärung durch die B. an ihn zurückgelangen. Der Angeklagte entnahm aus der Erklärung des Dienstherrn, daß es der B. nur um die Lösung des Dienstverhältnisses zu thun sei. Hierüber

Kleines Feuilleton.

* Die schleswigschen Aukernbänke. Die so geschätzten „holsteinischen“ Aukern werden nicht etwa auf dem Gebiete des Herzogthums Holstein, sondern vielmehr allein auf den „schleswigschen“ Aukernbänken gefischt. Der ganzen schleswigschen Westküste sind zahlreiche größere und kleinere Inseln vorgelagert, die von einem amphibischen Gebiet, den Wattens, umgeben sind, welche zur Zeit der Ebbe trocken daliegen, zur Fluthzeit aber von der See überspült werden. Zwischen den Wattens laufen Vertiefungen, Rinne, auf deren schlammigen Ufern die Aukernbänke liegen. Dieselben befinden sich in der Nähe der Insel Sylt und Amrum. Die älteste Nachricht von den schleswigschen Aukernbänken, die bis jetzt bekannt ist, ist vom 4. Februar 1587. An diesem Tage befiehlt von Slesderburg in Jütland aus der bänische König Friedrich II., der in Erfahrung gebracht hatte, daß in der West-Nord-See, am Strande des Lehn's Alsterhaus, eine Art Fisch, „Defterling“ genannt, gefunden und gefangen werde, dem Albert Frick, Amtmann auf dem Schlosse Riberhus, diese Art Fisch fangen und dem Könige zu schicken zu lassen; zugleich wurde verboten, daß Jemand diesen Fang treibe ohne Erlaubnis des besagten Beamten. Im 17. Jahrhundert waren die Aukernbänke zwischen dem Könige von Dänemark und den schleswig-holsteinischen Herzögen getheilt und der über sie entfallende Streit war der Beginn des nordischen Krieges im Anfange des 18. Jahrhunderts noch nicht beigelegt. In Folge der durch diesen Krieg veranlaßten politischen Veränderungen kamen die herzoglichen Bänke zu den königlichen hinzu und sämtliche Bänke wurden 1718 auf zehn Jahre an Winkler für 1500 Rthlr. in Kronen und ein Deputat jährlich verpachtet. Die Deputatlieferung bestand aus 100 Tonnen zu 800 Stück Aukern an den Hofhalt, frei nach Gaderleben und ohne Vergütung für die Tonnen, und 56000 Stück an verschiedene Anlegien und Personen. Seit der Zeit sind die Bänke stets verpachtet worden mit der Verpflichtung für den Pächter, sie in dem Zustand wieder abzuliefern, in welchem er sie angetreten hat. Es scheint der Reichthum der Bänke im Laufe der Zeit abgenommen zu haben. Bereits 1745 beklagte sich der damalige Pächter über die schlechte Verfassung der Bänke; allein nach der Erklärung des Tonder'schen Amtshauses wird die Schuld daran in der schlechten Art des Fischereibetriebes gelegen haben. Es fand sich auch sofort eine andere Person, welche die Pacht gegen eine größere Abgabe übernahm, die sie in einer langen Reihe von Jahren entrichtete. 1728/29 litt die Pacht von Frost, sie erholten sich jedoch bald wieder. — Der jährliche Fang scheint früher regelmäßig 3-4000 Tonnen zu 800 Stück gewesen zu sein. Seit einer Reihe von Jahren ist der Zustand der Bänke ein derartiger gewesen, daß der Aukernfang theilweise ganz hat ruhen, theilweise nur sehr beschränkt hat ausgeübt werden müssen. In den 70er Jahren haben die Bänke in mehreren Wintern durch den bei Sturm und niedrigem Wasserstand eingetretenen harten Frost gelitten, und scheint nachher die Befischung zu stark gewesen zu sein. Anfang der 80er Jahre mußte der Fang während einer Reihe von Jahren eingestellt werden. Alsdann ist wieder in einigen Jahren in beschränktem Maße gefischt worden. Nachdem dann 1891 der Fang abermals gerast hatte, wird jetzt wieder gefischt, es sollen aber nur 300 Tonnen gefischt werden. Seitens der Behörden werden alle Anstrengungen gemacht, um den Zustand der Aukernbänke wieder zu heben. In diesem Jahre sind französische Aukern in großer Zahl ausgefischt worden, und in Hüllum, wo sich die Niederlagen für die gefangenen Aukern befinden und wo in

Verbindung damit schon jahrelang Aukernzucht versucht worden ist, wird in dieser Zeit ein Baskin fertig gestellt, in welchem Aukernzucht in größerem Umfange betrieben werden soll. Es ist zu hoffen, daß die Ursachen der schlechten Beschaffenheit der Aukernbänke nur vorübergehende sind und daß dieselben mit der Zeit wieder emporgebracht werden können.

* Ein wackerer Bürgermeister. Das „Neue Blatt“ erzählt nachstehende Episode aus jener traurigen Zeit, da die Franzosen als Sieger in Deutschland gehaust, die übrigens auch angeht die Bänke, die General Winter über das Vorgehen der Deutschen 1870/71 verbreitete, nicht uninteressant ist: Im Jahre 1799 zog der französische General Tarreau durch die Gegenden des Bodensees. Tarreau war flüchtigen Fußes, denn als Großherzog Karl am 21. März die Franzosen bei Otrach und Menzen geschlagen hatte, mußte auch Tarreau — wie sich die französischen Zeitungen ausdrückten — eine „rückgängige Bewegung“ machen, das heißt verbeutelt: über Hals und Kopf fliehen. Am 17. September kam er in die kleine Reichstadt Ueberlingen am Bodensee. Diese sollte ihm in wenigen Stunden eine gewaltige Brandschabung bezahlen oder sofort an allen Ecken angezündet werden. Aber der Bürgermeister Moser, an welchen er den Befehl mit genannter Drohung erließ, war ein Mann, den man nicht leicht schrecken konnte. Ohne sich aus der Fassung bringen zu lassen, fragte Moser, ob dies denn wirklich der wahre Ernst des Generals sei. Dieser bejahte die Frage und begleitete die Antwort mit einer Fluth von Verwünschungen und Drohungen. „Nun“, erwiderte jetzt der Bürgermeister, „so erkläre ich Ihnen, daß Sie keinen Pfennig bekommen. Alle meine Bürger sind bewaffnet und gefast, auf den ersten Wink Gewalt mit Gewalt abzuwehren und“ — indem er eine Pistole hervorholte und sie dem erschrockenen Brandschaber vor das Gesicht hielt — „diese ist für Sie bestimmt!“ So etwas hatte Tarreau nicht erwartet. Dabei fiel ihm ein, daß er nur einige hundert Mann bei sich habe, und daß die Schwaben, wenn sie einmal in's Feuer gerathen, keinen Späß verstehen. Kurz, Ueberlingen wurde weber gebrandschagt noch verbrannt, und ohne nur einen Pfennig zu erhalten, mußte Tarreau abziehen.

* Der „Finger Gottes“. Verschiedene kirchliche Blätter beschildigen sich kürzlich mit einem Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Simeon: über die letzten Stunden und den Tod Viktor Emanuels, und dann wurden aus einer kirchlichen italienischen Brochüre die Schicksale zusammengestellt, von denen diejenigen Könige und Fürsten betroffen wurden, die das schwere Verbrechen begingen, Rom zu erobern und sich „Könige von Italien“ oder „von Rom“ zu nennen. Es ist eine lange Liste und das Ende aller dieser Eroberer war ein schreckliches. Man höre nur: Dodoat wurde 493 ermordet; Theodor 536 getödtet; Silbich 541 bei einem Mähle erdolcht; Gratich sechs Monate später getödtet; Totilas 553 durch eine Lanze getödtet; Alboin 572 durch seine eigene Gattin Rosamunde ermordet; Kloth 574 Monate später ermordet; Adolph 625 entthront und ermordet; Rodobald 653 erschlagen; Panthar 1. 660 entthront und verjagt; Gubbert 662 erdolcht; Garibald 671 abgesetzt; Zupbert 701 auf unerklärliche Weise im Bade todt gefunden; Artbert II. 713 im Teufel ertrunken; Chilperant 744 entthront, Desiderius 774 abgesetzt und in ein Kloster gesteckt; Karl der Kahle 877 vergiftet; Berengar I. 904 meuchlings

getödtet; Ludwig II. 910 geblendet; Friedrich Barbarossa 1190 blüßlos ertrunken; Napoleon I. verbannt und auf dem elenden Feld von St. Helena 1821 als Gefangener gestorben. Zu diesen fürstlichen Uebelthätern, die der „Finger Gottes“ so deutlich für alle Zeiten gebrandmarkt hat, hat sich Viktor Emanuel gefügt: er starb 1878 — „vom Schlage getroffen“. Es sind nun allerdings auch schon viele Bischöfe, Bisköfe und sogar auch Päpste — bei den Letzteren könnte man eine noch viel traurigere Todtenliste aufstellen, als bei den Eroberern Roms — von Schlaganfällen betroffen worden, aber bei diesen Allen war es eine ganz natürliche, keine übernatürliche Todesart.

* Eine unbekannte Republik in — Italien. Man schreibt der „N. A. Ztg.“ aus Rom: Daß Italien außer der Republik von San Marino noch eine zweite wahrschaffte Republik besitzt, dürfte der Welt so ziemlich neu sein. Dieser selbständige Staat haust auf der Insel Tavora, welche nördlich von der Insel Sardinien gelegen ist, und zählt 168 Untertanen. König Karl Albert trat nämlich im Jahre 1833 die Oberhoheit über diesen Boden an die Familie Bartholoni ab, deren Oberhaupt sich als König Paolo I. huldigen ließ und bis zum Jahre 1883 regierte. So klein dieser Staat auch ist, so politisch leidenschaftlich seine Bevölkerung. Nach dem Tode des Monarchen verweigerten die 168 Einwohner der Insel Tavora die Anerkennung des rechtmäßigen Nachfolgers Paulos I. und setzten die Staatsform einer Republik durch mit einer liberalen Verfassung, welche auch den Frauen das Stimmrecht verleiht. Der jeweilige Präsident bleibt 10 Jahre im Amt. Nach Errichtung der Republik entließen diese eine Abordnung nach Rom, um dem italienischen Staate die neue Regierungsform anzukündigen. Italien hatte nichts dagegen einzuwenden, und es besteht die Republik von Tavora noch heute als selbstständiger Staat innerhalb der geographischen Grenzen des Königreichs Italien.

* Aus englischen Witzblättern. Ein und dasselbe. „Doktor“, sagte eine alte Dame zu ihrem Hausarzt, „können Sie mir sagen, warum manche Leute so stumm geboren werden?“ — „Warum? Oh — gewiß, gnädige Frau“, antwortete der Doktor. „Der Grund ist, daß sie in die Welt kommen ohne die Gabe der Rede.“ — „Gerne“, bemerkte die alte Dame, „da sieht man doch gleich, was es heißt, eine medizinische Bildung haben! Ich habe meinen Mann das Gleiche mehr als hundert Mal gefragt und Alles, was ich aus ihm herausbekommen konnte, war: „Weil sie's werden.“ — „Verschwendete Pärlichkeit.“ — „Doktor“, sagte die alte Dame, „was denkst Du wohl, hab' ich hier in meinem Medaillon? Die Marke von meinem Bräutigam? Sie ist von meinem Lippen berührt worden und berührt nun oft die meinen!“ — „Angelina“, Ach, Doktr, es thut mir so leid, ich hab' die schenklige Marke an Schnauze lieber, nasser Nase angezeichnet!“ — „Sympathie. Der kleine Billy am Schwanenteich: „Ist das der Papa Schwan oder die Mama Schwan?“ — „Papa.“ — „Welchen meinst Du?“ — „Billy.“ „Das arme Ding dort, dem die Federn vom Kopf gepickt sind und das nichts von dem Biscuit und nichts sonst haben darf!“ — Papa (traurig): „Das ist der Papa Schwan, Billy!“

wurde er erregt, ergliff eine im Hausflur hängende Kettpeitsche und versetzte der B. damit einige Stöße auf den Rücken. Der Angeklagte giebt die Mißhandlung an sich zu, will aber nicht als Beamter gehandelt haben. Der Gerichtshof nahm aber Körperverletzung im Amt an und erkannte auf 50 M. Geldstrafe eventl. 5 Tage Gefängnis.

W. B. Altona, 10. Okt. Das Schwurgericht verurtheilte heute den Sattler Wiczewsky aus Uetersen wegen zwölf in Uetersen und Umgegend begangener Brandstiftungen zu 10 Jahren Zuchthaus.

Vermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt, 10. Okt. Was die städtischen Anstalten verbrennen. Zur Deckung des Bedarfs an Brennmaterial für sämtliche städtische Anstalten sind von der Brennmaterial-Deputation des Magistrats im Verwaltungsjahre 1894/95 verausgabt worden 69 200 Kohlenanzünder, 6156 Kubikmeter Holz, 433 613 Zentner Kleinfüchtholz, 673 133 Zentner Stüchlein- bezw. Förberholz, 14 596 Zentner Braunkohlen. An Kosten erforderten die Brennmaterialien 1 010 669,23 Mark, an Betriebskosten entfielen 187 860,99 Mark, mithin waren erforderlich 1 228 530,22 Mark.

Erweiterte Befugnis. Das Provinzial-Schulkollegium hat an die städtische Schuldeputation die Mittheilung gelangen lassen, daß es die Erlaubnis für jüdische Hospitantinnen an den hiesigen Gemeindefschulen erweitert habe. Die Hospitantinnen dürfen fortan die jüdischen Gemeindefschullehrerinnen nicht nur in dem Religionsunterrichte vertreten, sondern auch in den anderen von denselben geleiteten Unterrichtsfächern.

Für die Befestigung des Reichstagsgebäudes durch das Publikum, die bisher unentgeltlich war, sind neue Bestimmungen erlassen worden. Von Beginn der nächsten Session des Reichstages ab ist die Befestigung des Reichstagsgebäudes wochentäglich von 8 bis 9 Uhr früh und von 12 bis 1 Uhr mittags, Sonntags von 2 bis 4 Uhr Nachmittag nur gegen Lösung von Eintrittskarten, welche im Eintrittskartenbureau des Reichstages (Portal V) zu erlösen sind, zulässig. Für jede Person wird für eine Zutrittskarte eine Gebühr von 50 Pfennig bezw. für Familien von mehr als drei Personen 1,50 Mark erhoben. Die Eintrittskarten zu den Plenarsitzungen des Reichstages gelangen nach wie vor unentgeltlich zur Veranschaffung.

Dem klimatischen Fieber ist gestern in einem hiesigen Frankenhause, das er um die Mitte August d. J. aufgesucht hatte, der Leutnant o. D. Gabe erlegen. Der Verstorbene war nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst als Pflanzer in Kamerun und auch in Deutsch-Ost-Afrika thätig.

† Die Weinlese in den Weinbergen Grünbergs i. Schl. ist seit Anfang dieser Woche im vollen Gange. Die Ernte steht bezüglich der Quantität unter Mittel, doch ist der Wein hinsichtlich der Qualität über alles Erwarten gut. — „Wohl dem, der ihn nicht zu trinken braucht“, bemerkt die „Volksztg.“, doch mit Unrecht. Der Grünberger ist erheblich besser, als sein Ruf, und ist gewiß schon von Vielen, die ihn verachten, unter „besserer“ Etiquette mit Genuß getrunken worden.

† Ein 138-jähriger Greis. Wie der „Petersburger Wistok“ meldet, wurde am 2. d. zur ärztlichen Behandlung in das Obuchow-Spital zu Petersburg ein Mann Namens Zwan Kusmin gebracht, der ein Alter von 138 Jahren erreicht hat. Sein Aeußeres verräth dieses hohe Alter keineswegs; er ist noch vollkommen rüstig, geistig frisch, spricht verständlich und hört gut. Kusmin wurde im Jahre 1757 geboren und war wie seine Eltern selbstgenügendes Landbesitzer in der Gegend von Smolensk. Im Alter von 85 Jahren wurde Kusmin wegen Auflehnung gegen den Grafen Scheremetjew auf zehn Jahre nach Sibirien verschickt, wo er 53 Jahre verlebte. Zur Zeit der Befreiung der Selbstgenügendes arbeitete Kusmin in den Taiga-Goldwäschereien, wo er die Gelenke an den Füßen verloren hatte. Im Jahre 1894 wurde er vom Heimweh ergriffen, erhielt von der Obrigkeit einen Paß und reiste nach Moskau, wo er natürlich seine Verwandten nicht mehr am Leben fand. Er überlebte deshalb nach Petersburg, wo er in einem Versorgungshause Aufnahme fand. Das Gedächtnis Kusmin's ist noch so frisch, daß er sich lebhaft der Vereintigung der Kräfte mit Rußland, des Einflusses der Franzosen im Jahre 1812 erinnert. Der Vater Kusmin's hat ebenfalls ein hohes Alter erreicht; er starb nämlich im Alter von 148 Jahren.

† Aus einem fürstlichen Speiseaal. W. Arnold schreibt in der Zeitschrift „Waldwert“ über den Speiseaal des Fürstlichen Jagdschlosses Bromitz u. A.: „Fenster und Wände sind mit altheimischen Sprüchen bedeckt, deren einige in ihrer urwüchsigsten Wahrheit verblieben, in weiteren Kreisen bekannt zu werden:

Jägervolk lebt meist im Grollen,
Hat die frommen und rothen Gesellen.
Wer nicht Lust hat, zu einem guten Scherz,
Guten Wirth
Und schönem Weibe,
Der hat kein Mannesherz im Leibe.

Sau ist ein ritterliches Thier,
An Muth und Kraft des Waldes Hiez.
In Lieb' und Kampf gleich ungebürlich,
Und jeder Ordnung so gefährlich,
Wie es die Ritter alle waren.

Besonders die letzte Strophe verdient in der That, in weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Sokales.

Posen, 11. Oktober.

* Anlässlich der Gedenkfeier, welche das 2. Leibhusarenregiment zur Erinnerung an die Schlacht von Ardenah gestern veranstaltet hatte, traf von der Kaiserin Friedrich, als dem Chef des Regiments folgerdes Telegramm ein: — „Schloß Friedrichshof. „Ich beglückwünsche das Regiment am heutigen Tage, an welchem es vor 25 Jahren bei Ardenah Vorbeeren errang, und hoffe, daß es stets bereit sein wird, seiner ruhmreichen Geschichte in Zukunft neue Beweise an Tapferkeit und Treue hinzuzufügen.“ Kaiserin Friedrich.“

n. Straßenverengung. Wegen Ausführung der Kanalarbeiten wird die Marktstraße von der Schloß- bis zur Friedrichstraße auf etwa acht Tage gesperrt.

* Auszeichnung. Dem Eisenbahn-Güter-Expediten a. D. P. R. imus zu Posen ist der königl. Kronen-Orden 4. Kl. verliehen worden.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* Stettin, 10. Okt. [Vom Chef des Generalstabes der Armee] ist dem Präsidenten der Eisenbahndirektion Stettin Heinicus über die Bewältigung des durch die diesjährigen Kaisermanöver gestellten Verkehrs das folgende, jezt zur Kenntniß der beauftragten Beamten gebrachte Schreiben zugegangen: „Trier, 19. Sept. Die außerordentlichen Leistungen der königlichen Eisenbahndirektion Stettin beim Abtransport der Truppen nach dem diesjährigen Kaisermanöver machen es mir zum Bedürfnis, Euer Hochwohlgeboren meinen ganz besonderen Dank zum Ausdruck zu bringen. Wenn die in

diesem Jahre ungewöhnlich schwierige Aufgabe — die Abbeförderung der Stäbe und Fuhrtruppen von nahezu vier Armeekorps — so vollkommen gelang, so ist dies lediglich durch das Entgegenkommen Euer Hochwohlgeboren, welches ich während der umfangreichen Vorarbeiten dankbar empfunden habe, und durch die große Umsicht und Hefigkeit der mit der Vorbereitung und der Durchführung der Transporte beauftragten Herren Beamten ermöglicht worden. gez. Graf Schlieffen.“

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 10. Okt. Anlässlich des Jubiläums des Gardeeregiments fand heute Mittag in der Kaserne des Regiments eine Paradeaufstellung statt, an welcher die Kombattanten von 1870/71 in großer Anzahl sowie der Militärverein der Gardereiter theilnahmen. Der König, die Prinzen, der Kriegsminister, die Generalität und ehemalige Offiziere des Regiments wohnten der Feier bei. Major von Oppen-Huldenberg richtete eine Ansprache an den König. Sodann fand eine Bewirtung der Veteranen statt. Nachmittags ist in dem Offizierskasino ein Diner zu 93 Gedecken, an welchem der König, als Chef des Regiments, mit den Prinzen theilnahm.

Wien, 10. Okt. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Athen: Die Blätter verlangen, daß die Regierung Angehörige der Lage im Orient den in den nächsten Tagen zur Reserve zu entlassenden Jahrgang unter den Fahnen behalte und sofort ein Kriegsschiff nach Konstantinopel zum Schutze der griechischen Bürger entsende.

Paris, 10. Okt. Dem Vernehmen nach würde der Vertrag, den General Duchesne die Königin der Hovas anzunehmen nötigte, nicht die Annexion bedingen, sondern ein etwas schärferes Protektorat einführen, als das frühere. Der Thron der Königin wird bestehen bleiben. Der Premierminister wird deportirt. Ein Theil des Expeditionskorps wird den Stoppendienst zwischen der Küste und Tananarivo sichern, der Rest nach Frankreich zurückkehren, wenn General Duchesne es für zweckmäßig hält. Die Dauer der Besetzung von Tananarivo läßt sich erst später bestimmen. Die von der Kammer für den Feldzug bewilligten 65 Millionen werden nicht wesentlich überschritten werden.

Paris, 10. Okt. Die Regierung wird bei dem Parlament die Stiftung einer Medaille für alle Soldaten, welche zu dem Expeditionskorps für Madagaskar gehören, beantragen.

Paris, 10. Okt. In Ranch wird ein großes Denkmal zur Erinnerung an den Besuch des Großfürsten Konstantin während Carnots Anwesenheit errichtet werden.

Yhon, 10. Okt. Ein dem Blatte „Mission catholiques“ aus Hankau zugegangenes Schreiben vom 27. August meldet, die Christenverfolgungen hätten sich auf die neuen Provinzen Chinas ausgedehnt; die Missionsgebäude in Kantschang seien zerstört, die Christen theils ermordet, theils verwundet worden.

Brüssel, 10. Okt. Die „Indépendance Belge“ meldet, daß eine militärische Expedition zur Unterdrückung des Aufstandes der Reger in Vulnaburg in der Ausrüstung begriffen sei. Die Expedition wird von van Gele und dem Leutnant de Kethulle geführt werden. Major Dhanis wird eine andere Richtung einschlagen. Die belgischen Offiziere werden sich am 6. November in Antwerpen nach Leopoldville einschiffen.

Madrid, 10. Okt. Den Zeitungen zufolge ist davon die Rede, sechszehn transatlantische Packetboote kriegstüchtig zu machen und die alten Panzerschiffe „Rumania“ und „Victoria“ umzubauen. In den Staats-Arsenalen herrscht eine rege Thätigkeit. Der „Imparcial“ glaubt, daß die Maßnahmen für den Fall getroffen sind, daß die Vereinigten Staaten die cubanischen Insurgenten als kriegsführende Macht anerkennen.

Barcelona, 10. Okt. Die Studenten brangen heute Vormittag in die Universitätsbibliothek, zerwütheten die Fensterhebeln, verbrannten die Abhaltung der Vorlesungen und forderten die Demission der Direktoren.

Kopenhagen, 10. Okt. In der heutigen Sitzung des Folketings brachte der ehemalige Präsident des Folketings Anisrichter Krabbe (Vinskel) die in der Eröffnungsrede am 7. d. angekündigten Anträge, betreffend Änderungen der Verfassungsurkunde ein. Denen zufolge sollen die Gesetze provisorischer Bewilligungsgehalte verboten werden, und ein nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl beider Reichstagshäuser gewählter gemeinsamer Dreikönig-Ausschuß zur Entscheidung etwaiger finanzieller Streitfragen zwischen beiden Kammern eingeführt werden. Dieser Ausschuss wählt durch das Loos seinen Obmann, dessen Stimme bei Stimmengleichheit entscheidet.

Belgrad, 10. Okt. Die Meldung des „New York Herald“, bet dem russischen Militär-Anstalt, Baron Taube, seien gewisse politische Dokumente entwendet worden, wird von authentischer Seite für unbegründet erklärt. Nach angekauften Ermittlungen wurde ein Diebstahl durch den Diener des Barons verübt, der eine Summe Geldes erbeutete. Der Dieb ist übrigens verhaftet, und das Geld wiedergefunden.

Budapest, 11. Okt. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses begann die Budgetberatung bei dem Titel „Königliche Hofhaltung.“ Ministerpräsident Baron Vassfy erwiderte auf Anfrage, die Regierung erkenne die Nothwendigkeit einer selbständigen Hofhaltung nicht an, hoffe aber die Frage einer ständigen Vertretung der ungarischen Hofhaltung in Budapest in nächster Zeit zu lösen.

Teichen, 11. Okt. Gestern fand die feierliche Eröffnung des polnischen Gymnasiums statt.

Agram, 11. Okt. Wie die „Akr. Ztg.“ meldet, entschuldigte Bischof Sirokmaier bei dem Banus schriftlich sein Nichterscheinen bei den Feierlichkeiten anlässlich des Aufstiegs des Kaisers in Agram mit seinem hohem Alter und seiner Gebrechlichkeit.

Madrid, 11. Okt. Der Marineminister erklärte, die Armirung der transatlantischen Dampfer sei eine einfache Sicherheitsmaßregel gegen etwaige feindliche Ueberfahrungen für die Schiffe, welche Truppen nach Cuba zu überführen hätten.

Konstantinopel, 11. Okt. Die Ruhestörungen in Trapezunt scheinen beigelegt zu sein.

Bukarest, 11. Okt. Der König und die Königin von Rumänien, sowie der Thronfolger sind heute Mittag

in Begleitung der fürstlichen Gäste nach Sinaita abgereist. Bei der feierlichen Truppeninschau, bei welcher 40 000 Mann ausgerückt waren, befehligte Prinz Leopold von Hohenzollern, der Bruder des Königs, als Chef des 22. Infanterie-Regiments an der Spitze desselben vor dem Königspar. Die Truppen, welche in Hurrahrufe ausbrachen, sowie das zahlreich vertheilte Publikum, brachten dem Prinzen von Hohenzollern, sowie dem Thronfolger von Rumänien, welcher sein Kavallerie-Regiment vorüberführte, enthusiastische Ovationen dar. Bei dem im Palais stattgehabten militärischen Diner brachte der König einen patriotischen Toast in den wärmsten Ausdrücken aus, indem er auf das Wohl des 1. und 2. Armeekorps trank, welche an den Wunden theilnahmen. Der König sagte: Seit dem Kriege sei kein solch imposanter Truppenzusammenzug in Bukarest gesehen worden, wo die Quelle des politischen Lebens Rumäniens fließt. Er betrachtete die Armee mit Liebe und Stolz; groß sei das Vertrauen des Landes in das Heer, größer aber noch die Verantwortlichkeit der Heeresleitung. Man müsse ohne Unterlaß arbeiten, um den Opfern, welche das Land für seine Vertheidigung bringe, gerecht zu werden. Der König konstatirte mit Befriedigung die Fortschritte in der Ausbildung der Truppen und dankte für die gezeigten Bemühungen. Der Trinkspruch wurde wiederholt von kühnem Beifall unterbrochen. Der Kriegsminister General Boenaro erwiderte auf den Toast des Königs.

Athen, 11. Okt. Bei dem Blutbade in Trapezunt sollen, amtlicher Meldung zufolge, auch einige Griechen getödtet sein.

Washington, 10. Okt. Der Bericht des Ackerbauministeriums bezieht den Durchschnittsstand der Baumwollensaat auf 65,10; der Ertrag des Weizens wird auf 12,50 Bushel per Acre angegeben, und die Qualität desselben auf 85,70 befristet. Der Durchschnittsstand des Mais wird mit 95,50 bewerthet. Der Durchschnittsertrag der Gerste wird mit 26,40 Bushel per Acre, der des Hafers mit 29,60 und des Roggens mit 14,40 befristet.

Sabana, 11. Okt. Der Kriegsrath verurtheilte die Insurgenten = Anführer Amecoga und Riembal-ersteren zum Tode, letzteren zu Zwangsarbeit.

Wasserstand der Warthe.

Posen am 10. Oktbr. Mittags	0,08 Meter
10. „ Morgens	0,8
11. „ Morgens	0,10

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 10. Oktober. Die bessere Haltung der Abendbörsen und festere Wiener Vorwärtskurse brachten heute Anfangs härtere Deckungsbegehre hervor, wobei speziell leitende Kohlen- und Bankwerthe höhere Kurse erzielten. Der relativ unbefriedigende Reichsbank-Ausweis fand keine Beachtung und auch den Auslassungen eines rheinischen Blattes über die Konvertierungsangelegenheit widmet man kein weiteres Interesse. Die anfängliche Festigkeit beruhete hauptsächlich nur auf Positionsverhältnissen. Im Verlauf folgte nun zunächst Schwäche, sodann ein häufiger Wechsel zwischen fester und schwacher Tendenz, ohne daß sich dabei entscheidende Kursveränderungen herausbilden. Immerhin wurden dabei die festen Anfangskurse voll behauptet und schließlich auf dem Kohlenmarkt sogar noch überschritten. Der Eisenmarkt war vorübergehend recht matt auf die Berth, daß der amerikanische Eisenmarkt neuerdings matte Färbung zeigt. Nachbörslich bestimmte die Erhöhung des Privatbankkontos etwas. Von Bankaktien lagen neben Diskonto-Antheilen noch Deutsche Bank wesentlich fester. Die am 15. d. Mtz. stattfindende Sitzung betreffs der Kapitalerhöhung hat bei der Spekulation wieder eine gewisse Vorauswirkung. Dresdener Bank, Handelsgeellschafts-Antheile und sonstige lokale, sowie Kreditaktien waren mäßig gebessert. Deutsche Bahnaktien verkehrten etwas schwächer, so Lübecker. Oesterreichische Bahnen haben sich wenig geändert. Von Schweizerischen waren Gotthard und übrige leicht erhöht; italienische Meridional schwächer, Canada befestigt und alle übrigen still. Am Montanmarkt erhielten sich Kohlenaktien fest, Eisenwerthe gaben nach. Mexikaner stiegen 1/2 Prozent, Italiener und übrige behauptet. Die spätere Nachbörse war schwach. Privatbankkont 2 1/2, Diskonto (M. B.)

Dresden, 10. Okt. (Schlußkurse.) Fest.
Neue 3proz. Reichsbankleihe 100,00 3/4, proz. L.-Randr. 100,50, Konf. L. 24,90, L. 24,90, 4proz. ung. Goldrente 103,30, Bresl. Diskontobank 127,75, Breslauer Wechselbank 112,95, Kreditaktien 225,25, Schles. Bankverein 139,50, Donnersmarkt 158,50, Föthner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 164,00, Oberhies. Eisenbahn 83,50, Oberhies. Portland-Zement 117,60, Schles. Cement 185,40, Oppe. Cement 127,00, Kramsta 143,50, Schles. Zinkaktien 210,00, Bankh. 156,60, Verein. Oelfabr. 89,75, Oesterreich. Banknoten 169,69, Russ. Banknoten 220,75, Oest. Cement 112,00, 4proz. ungarische Kronenleihe 100,05, Breslauer e. l. r. e. Straßenbahn 192,90, Caro Hagenscheidt Aktien 106,75, Deutsche Kleinbahnen —, Breslauer Spiritusfabrik 139,00.

London, 10. Okt. (Schlußkurse.) Stetig.
Engl. 2 1/2-proz. Kont. 107 1/2, Breuch. 4proz. Consols 103 1/2, Italien. 5proz. Rente 88 1/2, Lombarden 10 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 101 1/2, Lomb. 24 1/2, Oest. Silber —, Oest. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 102 1/2, 4proz. ungar. Silber 88 1/2, 3 1/2-proz. Egypter 101 1/2, 4proz. ungar. Egypter 104 1/2, 3 1/2-proz. Tribut-Anl. 98 1/2, 6proz. Mexikaner 94 1/2, Ottomander 19 1/2, Canada Pacific 62 1/2, De Beers neue 30 1/2, Rio Tinto 19 1/2, 4proz. Russen 62 1/2, 6proz. fund. arg. A. 78 1/2, 6proz. arg. Goldanleihe 74, 4 1/2-proz. arg. do. 50, 8proz. Reichsanl. 98, Griech. 81, Anleihe 82 1/2, do. 87er Monopolanl. 84 1/2, 4proz. Griechen 1888er 28, Bras. 89er Anl. 74 1/2, 5proz. Western de Min. 82 1/2, Mexikan. Anleihe von 1893 93 1/2, Blakdisconto 1/2, Silber 31 1/2, Anatolier 93, Chinesen 105 1/2, Goldanl. 89 1/2, Anleihe 110 1/2, 3proz. ung. Goldanl. 89 1/2.

Paris, 10. Okt. (Schlußkurse.) Fest.
3proz. amort. Rente 100,20, 4proz. Rente 100,72, Italien. 5proz. Rente 89,50, 4proz. arg. Goldrente 102,68, III. Egypter-Anleihe —, 4proz. Russen 1889 100,10, 4proz. ungar. Egypter —, 4proz. ungar. Anl. 68 1/2, Lomb. 24 1/2, Türken —, Boole 143,75, 4proz. ungar. Türken-Obligationen 1890 488,50, Franzosen 841,25, Lombarden 251,00, Banque Ottomane 741,25, Banque de Paris 890,00, Bana. d'Escompte —, Rio Tinto-A. 492,00, Suezkanal-A. 8230,00, Cred. Yvon. 808,00, B. de France 3700,00, Tab. Ottom. 490,00, Wechsel a. dt. Pl. 122 1/2, Bonboner Wechsel l. 25,23 1/2, Chq. a. London 22,25, Wechsel Amsterdam l. 205,87, do. Wien l. 207,75, do. Madrid l. 425,00, Meridional-A. —, Wechsel a. Italien 4 1/2, Robinson-A. 272,00, Portugiesen 27,18, Portug. Tabak-Obligation 475,00, 4proz. Russen —, Staatsbankrott 1 1/2.

Frankfurt a. M., 10. Okt. (Effekten-Notiz.) (Schluß) Deutsche Reichsbank 339 1/2, Franzosen 332 1/2, Lombarden 58 1/2, ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 1,95, Diskonto-Romania 231,95, Dresdener Bank 182,20, Berliner Handelsgeellschaft 170,30, Bochumer Gußstahl —, Dortmunder Union St.-B.

